

Sitzung des Bezirksteilhabebeirates Steglitz-Zehlendorf

am 11.11.2024 16.00 Uhr in Präsenz
im Tageszentrum Kamenzer Damm
Kamenzer Damm 1A, 12249 Berlin

Teilnehmende: Frau Gajewski, Frau Tapp, Frau Groth, Frau Nowka, Frau Pasemann, Herr Kutz, Herr Schmidt und Frau Schneider, Herr Hanke, Frau Moritz, Frau Baier,

Tagesordnung

1. **Protokollführung reihum**
2. Frau Nowka
3. **Moderation** Frau Gajewski
4. **Abnahme der Tagesordnung**
Die Tagesordnung wurde angenommen
5. **Abnahme des Protokolls vom 16.09.2024**
Das Protokoll wurde ohne Änderungen angenommen
6. **Aktivitäten des Vorstandes seit der letzten Sitzung**
 - Ungleichbehandlung zu Lasten von Menschen mit geistiger oder seelischer Behinderung, denen diese Leistung verwehrt wird. Damit Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention, Berechtigung zur Erlangung von persönlicher Assistenz für Volljährige – Rückmeldung vom Berliner Teilhabebeirat

Die Schreiben des Teilhabebeirates S-Z an die Sen ASGIVA III B 25, Frau Ilse, und die Geschäftsstelle Berliner Teilhabebeirat vom 18.10.2024 wurden den Mitgliedern des THB S-Z in cc übersandt.

Am 31.10.2024 erfolgte die Rückmeldung der Geschäftsstelle (SenASGIVA), den erneut angemeldeten Tagesordnungspunkt nicht auf die Tagesordnung des Berliner Teilhabebeirates zu nehmen. Es gäbe keine Notwendigkeit, da es sich um eine wiederholte Eingabe handele. Die Eingabe sei abgearbeitet, auch in den Bezirken werde Assistenz ermöglicht. Auf einen Sitzungstermin am 03.07.2024 wird verwiesen.

Insgesamt wird die Reaktion auf die nunmehr endlich erbetene inhaltliche Behandlung des Themas im Berliner Teilhabebeirat mit Unverständnis und Verärgerung aufgenommen. Hierzu berichtet Frau Tapp, in den Bezirken werde persönliche Assistenz als Leistung eines Trägers abgelehnt, könne nur als trägerübergreifendes Persönliche Budget beantragt werden.

Von der erwähnten Sitzung am 03.07. gäbe es kein Protokoll, es sei nur ein Wissensaustausch gewesen. Insgesamt seien die Betroffenen allein gelassen, im LAGeSo werde der Bedarf über den IAP (Individuelle Ambulante Pflegebedarfsermittlung) geregelt.

Frau Nowka berichtet, dass im LAGeSo die Bedarfsfeststellung über Verwaltungsmitarbeitende und Pflegekräfte erfolge, jedoch weder ärztliche noch sozialpädagogische Fachexpertise vertreten sei.

Die VerwaltungsMA haben eine Qualifikation über die EFH gemacht und sind daher offiziell qualifiziert für die Teilhabeplanung.

Die Geschäftsstelle wird allgemein als nur fraglich neutraler Ansprechpartner eingeschätzt.

Frau Groth wird als Mitglied des Berliner Teilhabebeirates versuchen das Thema nochmals einzubringen und wird darüber berichten.

7. Wahl eines Vorstandsmitgliedes aus den Reihen der Interessenvertreter*innen

Bisher konnten keine Interessenvertretenden gewonnen werden. Es entsteht eine lebhafte Diskussion mit dem Ergebnis, dass der THFD (Teilhabefachdienst), die BfB (Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen) sowie die Träger nochmals versuchen werden bei ihren Kund*innen für eine Beteiligung im Beirat zu werben.

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung vertagt.

8. Aktuelles

- Notunterbringungen von Kindern mit Behinderungen – Frau Moritz
Frau Moritz berichtet, dass die in Obhutnahme Kindernotdienst nicht barrierefrei sei. Man sehe sich dort außer Stande, die Betreuung der Kinder mit Behinderungen zu gewährleisten. Früher hatte die Spastikerhilfe einige wenige Plätze, die aber nicht mehr vorgehalten würden. Es gäbe keine Kurzzeitpflegeplätze in Einrichtungen der Eingliederungshilfe.
Diskussion in der Gruppe:
SenJug beschäftige sich bereits mit dem Thema, das Problem sei die Personalbeschaffung. Man versuche Hürden dafür abzubauen.
Die Aufgabe dies Kinder unterzubringen bleibt bei den RSD (Regionaler Sozialer Dienst) der Jugendämter.
In den SGB VIII wäre der Ausbau von Krisenwohngruppen mit auch kurzfristiger Aufnahmemöglichkeit wünschenswert.
- über die Verfahrens-Lotsen sprechen – Frau Moritz
Seit 1.1.2024 ist diese Aufgabe im Jugendamt gesetzlich vorgeschrieben. Die Verfahrens-Lotsen sollen im Konfliktfall Familien mit Kinder mit Behinderungen begleiten, wenn es um Eingliederungshilfe und Jugendhilfe geht. Bisher sind wohl erst in 2 Bezirken die Stellen der Verfahrens-Lotsen besetzt.
Die Eigruppierung lt. Muster-BAK liegt bei S11.
Frau Moritz wird zum Stand der Umsetzung mit Frau Wöhner Kontakt aufnehmen.
- Themen der Mitwirkenden
 - Herr Kutz:
Die Vorstandswahl zur PSAG erfolgt am kommenden Mittwoch. Es gibt genug Kandidaten. Die UAG für Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen nimmt teil.
Der AK Arbeit soll aktiviert werden.
Eine Arbeitsgruppe für geflüchtete Menschen soll geschaffen werden. Als Beteiligte angedacht KBS, Willkommensbündnis, Diagnose F und auch UAG PSAG.

- Frau Tapp:
Bzgl. der E-Abrechnungen für Leistungserbringende wird die vorherige optimistische Ankündigung zurückgenommen. Das Programm sei fehlerhaft und sei erst im nächsten Jahr (hoffentlich) funktionsfähig.
Für die Bereiche HzP (Hilfe zur Pflege) und EGH gibt es die Möglichkeit einen digitalen Antrag zu stellen.

9. Nächster Termin, Protokollführung

- 12.02.2025 16.00 Uhr als Hybridsitzung
- Protokoll: Herr Kutz